



Frankreich: Wird der Staat jetzt umgebaut?

Gebietskörperschaften auf dem Prüfstand

PETER GEY UND BENJAMIN SCHREIBER

Januar 2014

- Staatspräsident François Hollande und sein Premierminister Jean-Marc Ayrault hatten nach der Regierungsübernahme im Mai 2012 zunächst versucht, das hohe Haushaltsdefizit vor allem durch Steuererhöhungen zu verringern. Das hat viel Unmut unter der Bevölkerung hervorgerufen. 2014 führt kein Weg mehr an Einsparungen im Staatshaushalt vorbei.
- Frankreich wurde Jahrhunderte lang als Inbegriff des zentralistischen Staates gesehen. Doch in den vergangenen dreißig Jahren erfolgte eine erhebliche Verlagerung der Zuständigkeiten vom Zentralstaat auf die Gebietskörperschaften. Heute bilden Staat und Verwaltung ein *millefeuille* aus 26 Regionen, 101 Departements, 2 581 Gemeindeverbänden und 36 681 Gemeinden.
- Das *millefeuille* verfügt insgesamt über ein Budget von 240 Mrd. Euro (Zentralstaat: 376 Mrd. Euro). Damit hängen die künftige Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben und die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte maßgeblich davon ab, wie die Gebietskörperschaften wirtschaften.
- Aufgrund unklarer Zuständigkeiten und zahlreicher Querfinanzierungen, häufiger Misswirtschaft und Verschwendung sind Reformen überfällig. Die Regierung ist alarmiert und bereitet weitere Dezentralisierungsschritte vor. Werden diese ausreichen, um Frankreich aus den Fallstricken seines *millefeuille* zu befreien?



Inhalt

1. Sparen ist das Gebot der Stunde	2
2. Der Zentralstaat der Revolution wird dezentralisiert	2
3. Frankreichs Verwaltung ist ein »millefeuille«	3
4. Reformen sind überfällig	4
5. Der Rechnungshof schlägt Alarm	5
6. Die Regierung bereitet Reformen vor	5
7. Ausblick	6



Frankreichs Sozialisten übernahmen bei ihrem Regierungsantritt im Mai 2012 ein Land mit hoher Staatsverschuldung und stark defizitärem Staatshaushalt. Gegenwärtig ist nicht auszuschließen, dass sie sich weiter verschlechtern, weil das Wirtschaftswachstum nicht ausreicht und die Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben die Grenze des Zumutbaren erreicht hat.

Staatspräsident François Hollande hat wiederholt bekräftigt, die Vereinbarungen mit der Europäischen Union einzuhalten und bis 2015 das Haushaltsdefizit wieder unter die Defizitgrenze von drei Prozent zu drücken. Um die öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen, hat die Regierung erklärt, ab 2014 das Haushaltsdefizit vorrangig durch Einsparungen abbauen zu wollen. Damit kommen auch Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften auf den Prüfstand.

Ein Blick auf Struktur und Aufgaben der 26 Regionen, 101 Departements, 2 581 Gemeindeverbände und 36 681 Gemeinden zeigt, dass eine Sanierung ihrer Finanzen mit dem Rotstift oder durch Umverteilung von Kompetenzen und Aufgaben nicht möglich sein dürfte. Dazu wäre eine grundlegende Reform notwendig. Die Frage ist, ob diese gegen den voraussichtlich massiven Widerstand der lokalen und territorialen Mandats- und Amtsträger und deren Wählerschaft durchsetzbar wäre.

1. Sparen ist das Gebot der Stunde

Ende 2011 war Frankreichs Finanzlage desaströs: Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt belief sich auf 86,0 Prozent, und die Ausgaben der öffentlichen Haushalte übertrafen deren Einnahmen um 5,3 Prozent. Der im Mai 2012 gewählte Präsident François Hollande und sein Premierminister Jean-Marc Ayrault hatten gehofft, dass die Wirtschaft bald wieder ausreichend wachsen würde, um durch Steuererhöhungen die Finanzierungslücke im Haushalt schließen zu können. Bis dahin wollte man Ausgabenkürzungen möglichst vermeiden und stattdessen die Einnahmen durch Steuererhöhungen steigern.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. 2012 und 2013 stagnierte die Wirtschaft, und auch für 2014 sind die Aussichten bescheiden, sofern das erhoffte Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent überhaupt erreicht wird. Finanzminister Pierre Moscovici räumte bereits im Sep-

tember 2013 ein, dass man für Ende 2014 mit einem Rekorddefizit von 95,1 Prozent rechnen müsse.

Schon unter Präsident Nicolas Sarkozy wurden Steuern und Abgaben deutlich erhöht, und die neue Regierung drehte weiter an der Steuerschraube. Dadurch wurde die steuerliche Mehrbelastung der Haushalte und Unternehmen innerhalb von drei Jahren auf 60 Mrd. Euro hochgefahren. Dies stieß in der Bevölkerung auf zunehmenden Unmut. Daher versprach Präsident François Hollande, es würde keine weiteren Steuererhöhungen geben. Gleichzeitig musste er die OECD und die Europäische Kommission beruhigen, die Frankreich aufforderten, die Maastricht-Regeln einzuhalten und das Haushaltsdefizit auf drei Prozent zurückzuführen.

Bislang trugen Ausgabenkürzungen in Frankreich nur wenig zur Haushaltssanierung bei. Nun aber ist Sparen das Gebot der Stunde. Dem müssen sich der Zentralstaat, die Sozialversicherung und auch die Gebietskörperschaften stellen. Im Haushalt 2014 ist vorgesehen, die angestrebte Defizitverringerung zu 80 Prozent durch Einsparungen zu erzielen. Insgesamt soll die öffentliche Hand 14,5 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr ausgeben. Von dieser Summe entfallen auf den Zentralstaat 7,1 Mrd. und auf die Sozialversicherungsträger 5,8 Mrd. Euro. Außerdem sollen die Transferzahlungen an die Gebietskörperschaften um 1,5 Mrd. Euro gekürzt werden.

Die Finanzlage Frankreichs hängt nicht nur vom Erfolg der Sparpolitik der Regierung ab. Der Zentralstaat hatte den Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahrzehnten ein erhebliches Maß an finanzieller Eigenverantwortung übertragen. Damit werden die künftige Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben und die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte maßgeblich davon bestimmt, wie die Gebietskörperschaften in den kommenden Jahren wirtschaften. Das ist eine offene Flanke für die Sparanstrengungen der Regierung.

2. Der Zentralstaat der Revolution wird dezentralisiert

Frankreich gilt traditionell als Inbegriff des zentralisierten Staates. Die starke Stellung des Staatspräsidenten und die wirtschaftliche Vorherrschaft des Großraums Paris tragen zu diesem Eindruck maßgeblich bei. Tatsächlich erfolgte jedoch in den vergangenen dreißig Jahren eine



erhebliche Verlagerung der Zuständigkeiten vom Zentralstaat auf die Gebietskörperschaften.

Sinnbild des französischen Zentralismus sind die Departements. Sie sind ein Geschöpf der Revolution, die 1789/90 die historischen Provinzen abgeschafft und dem Land eine neue Verwaltungsstruktur gegeben hatte. Napoleon Bonaparte stellte ihnen im Jahre 1800 Präfekte voran. Der Präfekt wurde später der direkte Vertreter des Staatpräsidenten. Er hatte in den Departements die volle Verwaltungs- und Finanzaufsicht und wachte darüber, dass diese ihre Aufgaben als Ausführungsorgane des Staates erfüllten. Erst sehr viel später kamen 1972 die sogenannten Regionen hinzu. Die 22 Regionen umfassen jeweils mehrere Departements.

Anders verhält es sich mit Frankreichs Kommunen. Diese waren aus den Pfarreien hervorgegangen und unmittelbar nach der Revolution 1789 institutionalisiert worden. Sie erhielten schon 1884 weitgehende Autonomie und durften fortan ihre Gemeinderäte wählen. Die Bürgermeister haben bis heute gewissermaßen zwei Gesichter: Sie vertreten den Staat und stehen gleichzeitig einer gewählten lokalen Exekutive vor.

Während der Präsidentschaft François Mitterrands wurde in den Jahren 1982/83 mit mehreren Dezentralisierungsgesetzen ein weitreichender Umbau des französischen Staates eingeleitet. Die Präfekten mussten die Aufsicht über Verwaltung und Finanzen abgeben und wurden an der Spitze der Exekutive von den Vorsitzenden der Räte der Departements (*conseil général*) und Regionen (*conseil régional*) abgelöst. 1986 wurden die Regionalräte wie zuvor schon die Generalräte der Departements erstmals direkt gewählt. Eine zweite Dezentralisierungsphase begann nach der Wahl Jacques Chiracs 2002, in deren Verlauf weitere Kompetenzen der Zentralregierung an die Gebietskörperschaften übertragen wurden.

Den Präfekten ist von ihrer ursprünglichen Machtfülle nicht viel geblieben. Ein nachträgliches Prüfungsrecht von Konten und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung teilen sie sich mit den regionalen Rechnungshöfen. Haben sie aus der Sicht der Zentralregierung Beanstandungen an den Entscheidungen der General- und Regionalräte, können sie diese dem Verwaltungsgericht vorlegen, aber nicht außer Kraft setzen. Die Zuständigkeit für die in ihrem Departement stationierten Einheiten der Gendarmerie Nationale durften sie noch behalten.

3. Frankreichs Verwaltung ist ein »millefeuille«

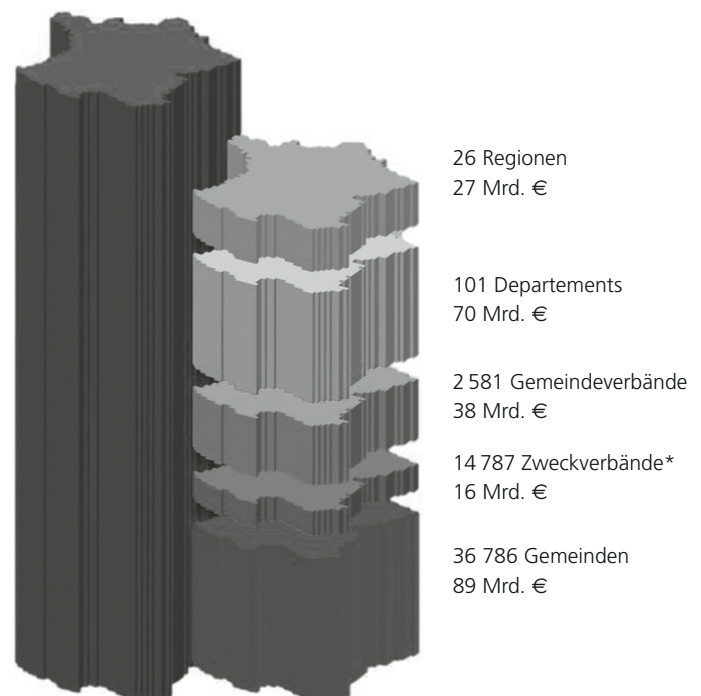
Präfektur und Departement gibt es auch heute noch, aber in einem geänderten Kontext (siehe Schaubild):

Unterhalb der Zentralregierung gibt es 26 Regionen, 101 Departements, 2 581 Gemeindeverbände und 36 786 Kommunen. 2012 beträgt deren Gesamtbudget 240 Mrd. Euro und erreicht damit fast zwei Drittel der Ausgaben des Zentralstaates in Höhe von 376 Mrd. Euro. Dies erklärt, weshalb die Finanzlage Frankreichs gerade auch von den Haushalten der Gebietskörperschaften abhängt.

In Frankreich spricht man von *millefeuille* (Blätterteigschnitte), wenn von den Gebietskörperschaften die Rede

Aufbau und Ausgaben der Gebietskörperschaften im Jahre 2012

Staatshaushalt	Gebietskörperschaften
376 Mrd. €	240 Mrd. €



* Die 14 787 *syndicats* sind Zweckverbände, die die Kommunen für gemeinsam angebotene Dienstleistungen z. B. in der Abfallbeseitigung bilden. Sie bleiben im Weiteren unberücksichtigt.

Quelle: <http://www.challenges.fr/france/20121031.CHA2632/budget-de-l-etat-le-grand-gaspillage-des-collectivites-locales.html>

ist. Dieser Ausdruck veranschaulicht die Vielschichtigkeit der Verwaltung und die große Zahl der Körperschaften. Frankreich hat unterhalb des Zentralstaates vier gegenüber nur drei Ebenen in Deutschland (Länder, Landkreise, Kommunen). Obwohl hier mit rund 64 Mio. deutlich weniger Einwohner als Deutschland (81 Mio.) leben, übertrifft die Zahl der Regionen mit 26, davon vier in Übersee, die der Bundesländer mit 16 deutlich. Besonders groß ist der Unterschied auf der kommunalen Ebene mit 36 786 gegenüber 11 197 Städten und Gemeinden. Hier klaffen die Durchschnittszahlen weit auseinander: Eine Gemeinde hat in Frankreich durchschnittlich 1 740 Einwohner, in Deutschland hingegen 7 230 Einwohner.

4. Reformen sind überfällig

26 Regionen, 101 Departements, 2 581 Gemeindeverbände und 36 786 Gemeinden, die für die Bürgerinnen und Bürger Güter und Dienstleistungen bereitstellen – kann das funktionieren? Irgendwie tut es das ja. Aber auch den heutigen Anforderungen entsprechend? In der Verwaltungsorganisation mögen Zuständigkeiten und Aufgaben geklärt sein. Theoretisch sind die Regionen vor allem zuständig für die Bereiche Wirtschaftsförderung, Berufsbildung, öffentlicher Transport und Infrastrukturfinanzierung; die Departements sind insbesondere verantwortlich für Sozialpolitik; und die Kommunen nehmen nicht nur ihre herkömmlichen Aufgaben (Straßenreinigung, Müllabfuhr etc.) wahr, sondern sind auch im Kultur- und Sportbereich tätig.

In der Praxis sieht es anders aus. Das *millefeuille* ist allgemein gekennzeichnet durch überlappende Zuständigkeiten und Querfinanzierungen. In einigen Bereichen werden Effizienz und Wirtschaftlichkeit hierdurch besonders beeinträchtigt. Um Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen, vervielfachen Zentralstaat und Gebietskörperschaften die Zahlung von Subventionen und den Einsatz von beschäftigungspolitischen Instrumenten, ohne dass diese Maßnahmen ausreichend abgestimmt und nachgehalten werden. Ähnliches trifft auf die Verwaltung von Sozialwohnungen zu, wo die Verantwortlichkeiten zwischen dem Staat und den nachgelagerten Ebenen derart ungeklärt sind, dass dieser Bereich in Frankreich als doppelt so kostenintensiv gilt wie in Deutschland.

Im Erziehungswesen bezahlt der Staat die Lehrer, die Regionen verwalten die *lycées* (Gymnasien) und bezahlen das technische Personal, die Departements sind für die *collèges* (Hauptschulen) und für den Schülertransport zuständig, und die Kommunen verwalten die *écoles primaires* (Grundschulen). Die Beteiligung von vier Verwaltungsebenen in diesem Bereich verwässert Zuständigkeiten, begünstigt Intransparenz und erschwert Kostenvergleiche. In den meisten übrigen europäischen Ländern ist daher jeweils nur eine Ebene (Land/Region oder Kommune) für das Schulwesen verantwortlich.

In allen Fällen wird eine Rationalisierung der Verwaltung durch die Klausel allgemeiner Zuständigkeit (*clause de compétence générale*) erschwert. Sie bedeutet, dass grundsätzlich alle Körperschaften in allen Bereichen (Bildung, Kultur, Verkehr, Wirtschaftsförderung etc.) tätig sein dürfen. Dies wird dadurch kompliziert, dass sich der Zentralstaat nicht völlig aus den Bereichen zurückgezogen hat, die er eigentlich auslagern wollte.

In den Medien häufen sich die Beispiele für die im Verwaltungsdschungel herrschende Misswirtschaft und Verschwendung, und der Ruf nach Fusionen der Kommunen wird lauter. Zwar übt die Regierung schon seit 1966 Druck auf die Kommunen aus, sogenannte *intercommunalités* (Gemeindeverbände) zu bilden. Tatsächlich sind heute 93 Prozent der Städte und Gemeinden in Verbänden zusammengeschlossen. Aber zu den erhofften Einsparungen ist es nicht gekommen. Frankreich hat nach wie vor rund 37 000 Gemeinden, die wie insbesondere auch die Gemeindeverbände weiterhin zusätzliches Personal einstellen, was allerdings teilweise durch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben erforderlich ist. Seit 2004 stieg die Zahl der von den Gebietskörperschaften insgesamt Beschäftigten um 19 Prozent. Dadurch schossen die Personalausgaben bis 2012 von 38 auf 55 Mrd. Euro in die Höhe.

Das *millefeuille* ist kostspielig. Dennoch beläuft sich das Haushaltsdefizit der Gebietskörperschaften insgesamt nur auf 0,15 Prozent des BIP, weil sie Kredite ausschließlich für Investitionen aufnehmen dürfen. Doch bislang wussten die Kommunen für sich noch immer, wie man aus Finanzklemmen herauskommt: Sie erhöhen die lokalen Steuern. Seit 2000 stieg die Wohnungssteuer um 96 Prozent, und die Grundsteuer nahm um 72 Prozent zu. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Einkommenssteuern hingegen nur um fünf Prozent.



5. Der Rechnungshof schlägt Alarm

Der französische Rechnungshof veröffentlichte im Oktober 2013, erstmals überhaupt, einen Bericht über die Finanzen der Gebietskörperschaften. Darin beanstandete er vor allem die anhaltend steigenden Ausgaben und wachsenden Schulden in diesem Bereich:

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften seien in den vergangenen drei Jahrzehnten vergleichsweise am schnellsten gestiegen. Mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 3,1 Prozent hätten sie ihren Anteil am BIP zwischen 1983 und Ende 2011 von 8,6 auf 11,7 Prozent ausgedehnt. Der Rechnungshof räumte ein, dass die Übertragung von Zuständigkeiten vom Zentralstaat auf die Gebietskörperschaften deren Ausgaben erhöht hätte. Aber die Dezentralisierung hätte nur etwas mehr als die Hälfte (1,67 Prozentpunkte) dieser Ausgabendynamik bewirkt. Der übrige Teil (1,38 Prozentpunkte) sei auf gestiegene Betriebs- und Personalkosten zurückzuführen.

Zweitens weist der Rechnungshof darauf hin, dass sich die Schulden der Gebietskörperschaften 2012 bei Gesamtausgaben von 240 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Mrd. Euro erhöht hätten. In Zeiten angesagter Sparsamkeit war dies ein Anstieg um immerhin 4,2 Prozent. Der Rechnungshof forderte die Verantwortlichen daher zu besonderen Anstrengungen auf, um die lokalen Ausgaben zu beschränken.

Der Rechnungshof kritisiert vor allem die gestiegenen Personalkosten. Wiederum erkennt er an, dass der Anstieg teilweise auf zusätzliche Aufgaben der Gebietskörperschaften zurückzuführen ist. Aber die lokalen Mandatsträger seien hierfür mitverantwortlich. Im Einzelnen wurden nicht nur die anhaltend steigenden Beschäftigtenzahlen genannt. Den Prüfern missfielen auch personalpolitische Gepflogenheiten wie automatische Beförderungen, großzügige Abfindungen und steigende Überstundenzahlen.

6. Die Regierung bereitet Reformen vor

Die Regierung ist alarmiert. Sie sieht auf die Gebietskörperschaften infolge der Alterung der Gesellschaft und hoher Geburtenraten ohnehin noch weitere Aufgaben vor allem in der Altenpflege, im Gesundheitswesen und in der Kinderbetreuung und damit erheblich steigende

Kosten zukommen. Bei den gegebenen Strukturen und Aufgaben würde dies zu einem kräftigen Anstieg der Kosten und damit der Steuerlast führen. Der Unmut der Bevölkerung hierüber würde sich früher oder später nicht nur gegen die Lokalpolitiker richten, sondern, wie bereits geschehen, auch die Regierung in Paris treffen.

Doch auch die Lokalpolitiker sind unzufrieden. Sie klagen, dass die Gebietskörperschaften weiterhin für zusätzliche Ausgaben etwa bei den Sozialleistungen oder im Umweltschutz aufkommen müssen, ohne entsprechende Aufstockung ihrer Finanzmittel zu erhalten. Sie sehen sich in dem Zwiespalt, entweder die Steuern zu erhöhen oder die Investitionen in ihrem Bereich, die 70 Prozent der öffentlichen Investitionen Frankreichs ausmachen, zu kürzen.

In dieser Situation verfolgt die Regierung vorrangig das Ziel, die Defizite der Gebietskörperschaften zu begrenzen. Dazu erwägt sie, auf allen Ebenen im Personal- und Verwaltungsbereich Höchstgrenzen und Normen zu empfehlen und durch ein System von Anreizen und Sanktionen deren Einhaltung zu erreichen.

Da abzusehen ist, dass diese Schritte nicht reichen werden, um das *millefeuille* zu entflechten und zu rationalisieren, bereitet die Regierung weitere Dezentralisierungsschritte vor. Um die Zuständigkeiten klarer voneinander abzugrenzen, beabsichtigt sie, die Stellung der Regionen in der Wirtschaft zu stärken und sie dadurch in die Lage zu versetzen, Klein- und Mittelunternehmen besser zu unterstützen. Außerdem sollen Gemeindeverbände zu Ballungsräumen (*grandes métropoles*) zusammengefasst werden, um die Entscheidungsbefugnisse in der Verwaltung zu konzentrieren.

Gleichzeitig will die Regierung den Grundsatz einer generellen Zuständigkeit der Gebietskörperschaften wieder aufleben lassen. Die unter Nicolas Sarkozy für 2015 beschlossene Beseitigung dieser Klausel soll daher wieder rückgängig gemacht werden. In allen Regionen soll es künftig Konferenzen mit politischen und gesellschaftlichen Akteuren geben, die in den einzelnen Regionen festlegen, welche Körperschaft für welche Aufgabe federführend ist.



7. Ausblick

Die Schwächen des *millefeuille* sind seit langem bekannt und ausgiebig untersucht worden. Auch gab es immer wieder Versuche, Verdopplungen von Zuständigkeiten aufzulösen und Tätigkeiten zu rationalisieren. Letztlich blieben die Ursachen für die Probleme der Gebietskörperschaften jedoch bestehen.

Eine grundlegende Reform sähe anders aus. Hier böten sich vor allem drei Reformschritte an: erstens eine Gemeindereform, um die Zahl der Kommunen durch Eingemeindung und Gemeindefusion deutlich zu verringern; zweitens die Abschaffung der Präfekturen, die durch die Dezentralisierung überflüssig wurden; und schließlich drittens die Auflösung der Departements, um den vierstufigen Aufbau der Gebietskörperschaften um eine Ebene zu verringern.

Solche Reformen sind jedoch unwahrscheinlich. Ein Großteil der Abgeordneten der Sozialistischen Partei und der oppositionellen UMP ist gegenwärtig noch zugleich Bürgermeister einer Kommune oder stehen einer ande-

ren Körperschaft vor. Dies wird sich nach 2017, wenn ein Gesetz gegen Ämterhäufung allmählich wirkt, ändern. Aber bis auf weiteres wären die politischen Widerstände gegen eine Gemeindereform groß. Präfekturen und Departements wiederum sind in Frankreich Institutionen mit langer Tradition und von großer Symbolkraft. Es wäre auch nicht sicher, ob die Wählerschaft dafür zu gewinnen wäre. Erst im April 2013 sprachen sich die Einwohner des Elsass in einem Referendum gegen die geplante Verschmelzung der Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin aus.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen, die am 23. und 30. März 2014 stattfinden werden, hielten sich die politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden mit weiteren Erhöhungen von Steuern und Abgaben aus naheliegenden Gründen zurück. Erst nach den Wahlen wird man sehen, ob und in welchem Ausmaß weitere Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen. Dann muss die Regierung auch die angekündigten Reformen der Gebietskörperschaften umsetzen. Es wird sich zeigen, ob diese ausreichen, Frankreich aus den Fallstricken seines *millefeuille* zu befreien.



Über die Autoren

Dr. Dr. Peter Gey ist Leiter und **Benjamin Schreiber** wissenschaftlicher Mitarbeiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Westeuropa/Nordamerika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet.

Seine Tätigkeit zielt darauf, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen.

Langjährige Veranstaltungsreihen sind

- die Deutsch-Französischen Strategiegelgespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen,
- Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Cercle des Economistes«)
- das Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-780-9